Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 107 (2013)

Heft: 2

Artikel: Das Mindestmass an Solidarität : Rede zum 100-Jahr-Jubiläum des sozialistischen Friedenskongresses in Basel am 24. November 2012

Autor: Eppler, Erhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390402

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erhard Eppler

Das Mindestmass an Solidarität

Rede zum 100-Jahr-Jubiläum des sozialistischen Friedenskongresses in Basel am 24. November 2012

Im November 2012 fand an der Universität Basel ein grosser Kongress mit über fünfzig wissenschaftlichen Vorträgen zum historischen Ereignis und zu den friedenspolitischen Herausforderungen von heute statt. Gleichzeitig organisierten die SP Schweiz sowie die Kantonalparteien von Baselland und Basel-Stadt im Basler Münster eine Jubiläumsveranstaltung, an der die sozialdemokratischen Friedensvisionen im Vordergrund standen.

Der ausführlichste und wohl eindrücklichste Beitrag an der Feier war die Rede von Erhard Eppler. Der ehemalige deutsche Minister ist seit über 60 Jahren überzeugter Sozialdemokrat, geprägt von einer christlichen Ethik der Gerechtigkeit und Solidarität.

Ich bin mir der Ehre bewusst, im Münster zu Basel reden zu dürfen, an einem Ort, in einer Kirche, in der vor bald 600 Jahren die Theologen des Abendlandes über die Zukunft ihrer Kirche berieten, in der Erasmus von Rotterdam aus- und einging und wo vor nicht allzu langer Zeit der – zumindest für den deutschen Protestantismus – wichtigste Theologe des 20. Jahrhunderts gepredigt hat: Karl Barth. Und in dieser Kirche darf ich heute als Politiker reden, weil hier schon vor hundert Jahren SozialdemokratInnen aus ganz Europa mit Zustimmung der politisch und kirchlich Zuständigen vor dem grossen Krieg warnen durften, weil sie hier in Basel darüber beraten konnten, was sie, die SozialistInnen, gegen das tun konnten, was dann ganze 20 Monate danach, über Europa hereinbrach. Mancher von den führenden Männern und den mutigen Frauen, die hier zusammenkamen, haben wohl geahnt, gegen welch gewaltige und gewalttätige Front aus Chauvinisten und irregeleiteten Patriotinnen sie da anrannten. Der bedeutendste der Redner hier im Münster, Jean Jaurès, wusste allerdings noch nicht, dass er das erste von Millionen Opfern werden sollte (unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 31. Juli 1914, wurde der französische sozialistische Politiker und Pazifist bei einem Attentat in einem Pariser Café von einem Nationalisten ermordet, die Red.).

Die Delegierten, die hier vor hundert Jahren zusammenkamen, standen unter dem Eindruck einer unmittelbaren Kriegsgefahr. Durch ein Eingreifen Russlands oder Österreich-Ungarns in den Balkankrieg drohte schon das, was dann knapp zwei Jahre danach Wirklichkeit wurde.

Das sind nicht die Sorgen, die uns heute umtreiben. Ich komme aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft, das, zum ersten Mal in seiner Geschichte, fast nur noch von Verbündeten umgeben ist und das sich auch von dem Staat im Süden, der nicht zum NATO-Bündnis gehört, nicht bedroht fühlt.

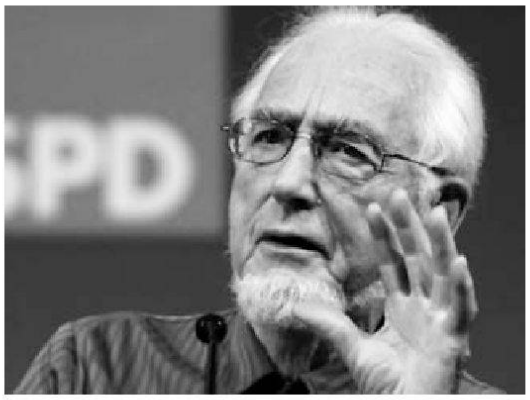
Europa lebt von Solidarität

Wer selbst noch als ganz junger Soldat das letzte Jahr des Zweiten Weltkriegs überlebt hat, wird seinem Gott jeden Tag dafür danken, dass die Nationen Europas sich in der Europäischen Union zusammengefunden haben und dass heute keiner der europäischen Nationalstaaten noch in der Lage wäre, den anderen zu überfallen. Ich füge hier noch hinzu, dass ich zu einer Generation gehöre, die unendlich erleichtert war, als Boris Jelzin und Helmut Kohl zusammen in die Sauna gingen und als Wladimir Putin mit Gerhard Schröder im Schlitten spazieren fuhren. Und ich gehöre sogar zu denen, die daran zweifeln, dass ausgerechnet wir Deutschen dazu berufen sind, den Russen Demokratie beizubringen.

Damit habe ich schon angedeutet, dass, was uns heute beruhigt, was uns freut und dankbar macht, immer noch zerbrechlich ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zu Russland.

Ich habe meine Zweifel, ob ein Europa lebensfähig und friedensfähig bleiben kann, wenn die Regierungschefs der einzelnen Nationalstaaten alles tun, um ihren WählerInnen berichten zu können, wie wenig sie für dieses Europa bezahlen mussten und wie viel sie in Brüssel für die eigene Nation herausgeschlagen haben. Wer Europa will, darf nicht zuhause auf den nationalen Egoismus setzen, noch weniger auf nationalistische Ressentiments. Wenn ein deutscher Parlamentarier den – ach so faulen – Griechen rät, sie sollten doch einfach ihre vielen Inseln verkaufen, dann darf man sich nicht wundern, wenn bei Demonstrationen in Athen Frau Merkel in NS-Uniform auftritt. Natürlich ist beides Unfug. Aber es zeigt, was sich da hochschaukeln kann.

Dies ist nicht der Ort, um über die richtige Europapolitik zu streiten. Aber doch ein Ort, um vor der ganz und gar falschen zu warnen. Ohne ein Mindestmass an Solidarität zwischen den Nationen wird es nicht gehen. Und Solidarität entsteht nicht ohne Respekt voreinander. Dazu gehört auch der Respekt der wirtschaftlich Erfolgreicheren vor den weniger Erfolgreichen. Wer ein demokratisches Europa will, darf sich auch nicht daran gewöhnen, dass die Richtlinien der spanischen, portugiesischen, griechischen Politik von ein paar ökonomischen Technokraten ausserhalb des Landes festgelegt werden. Und wer dieses demokratische Europa will, darf auch auf Dauer nicht hinnehmen, dass über die Tagesordnung der europäischen Politik auf den Finanzmärkten entschieden wird. Wer jetzt die marktkonforme Demokratie ansteuert, hat Europa schon aufgegeben. Wir brauchen den demokratiekonformen Markt. Und den erreichen wir nicht mehr über die Nationalstaaten, sondern nur noch über ein Europa, wo genau dies zum gemeinsamen politischen Ziel wird.



Erhard Eppler, 86, ist seit 1957 in der SPD engagiert. Von 1968 bis 1974 war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. In den achtziger Jahren war er als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages tätig. Er lebt in Baden-Württemberg.

Weg vom Egoismus des Marktes

Ich glaube auch nicht, dass man den nationalen Parlamenten zumuten kann, immer mehr Kontrollrechte nach Brüssel zu verlagern, wenn die ParlamentarierInnen, zumal im Süden des Kontinents, ihren WählerInnen nicht erklären können, was sie davon haben. Es stimmt, dass eine Haftungsgemeinschaft für die Schulden der Einzelstaaten nur möglich ist, wenn es gemeinsame Regeln für die Haushalte gibt. Aber umgekehrt stimmt es auch, dass gerade die ärmeren Länder sich auf solche harten Regeln nur fest-

legen lassen, wenn irgendwo am Ende des Tunnels das Licht einer Haftungsgemeinschaft erkennbar wird.

Was in diesen Tagen im Süden des Kontinents brodelt, muss uns zu denken geben. Es war die unantastbare Hegemonie marktradikalen Denkens, welche die EuropäerInnen dazu verführt hat, ihren Verträgen das Prinzip des Wettbewerbs, auch zwischen den Staaten, zugrunde zu legen. Aber wenn nun in der Krise nicht der Wettbewerb, sondern eine Solidarität gefragt ist, die in den Verträgen gar nicht vorkommt, dann ist mehr Umdenken nötig, als gegenwärtig erkennbar ist. Die Budgetverhandlungen für 2013 und die Finanzplanung für die folgenden Jahre werden uns, so fürchte ich, zeigen, wo wir stehen. Trotz allem, was mich beschwert, hoffe ich, dass die Europäische Union überlebt. Und überleben kann sie nur, wenn der nationale Egoismus nicht mehr geschürt wird, wenn auch Regierungschefs wagen, von europäischer Solidarität zu reden.

Privatisierte Gewalt

Die Basler Freunde, die mich zu dieser Rede aufgefordert haben, haben wahrscheinlich verfolgt, wie ich seit dem Ende des Kalten Krieges immer entschiedener die These vertrete, dass das 21. Jahrhundert weit weniger als das zwanzigste gefährdet sein wird durch Staaten, die nach innen allzu stark und autoritär sind und sich daher nach aussen Kriege leisten können, sondern eher durch schwache, zerfallende Staaten, die ihr Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen können und dem nicht mehr Einhalt gebieten können, was ich die Privatisierung und die Kommerzialisierung der Gewalt nenne. Im Jahr 2012 gibt es auf dieser Erde keinen einzigen Krieg zwischen Staaten, aber sehr viel Gewalt innerhalb von Staaten – soweit von Staaten überhaupt noch geredet werden kann. Dabei meine ich jetzt nicht zuerst das, was in Syrien sich abspielt. Das ist, soweit Europäer es einschätzen können, ein klassischer Bürgerkrieg, bei dem es um die Macht in Damaskus geht.

Was allerdings den syrischen vom spanischen Bürgerkrieg der dreissiger Jahre unterscheidet, ist die Ungewissheit, wessen Gewaltmonopol das der jetzigen Herrscher ablösen soll. Das der äusserst brutalen, oft von weither angereisten Kämpfer, die der Regierungstruppen auch deshalb nicht Herr werden, weil ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ihnen misstraut? Oder das der Exilsyrer? Welcher Gruppe der Opposition? Ich erachte es als wahrscheinlich, dass, auch wenn Assad verschwände, die Gewalt zwischen den verfeindeten Gruppen und Konfessionen noch lange weiterginge. Wenn die Gewalt sich einmal entstaatlicht, privatisiert, dann lässt sich dies nicht auf Kommando rückgängig machen.

Kriegsgewinn als Risiko

Dass Kriege zwischen Staaten seltener werden, hat auch mit dem zweiten Irakkrieg zu tun. Es war wohl der dümmste Krieg der amerikanischen Geschichte. Er hat bewiesen, dass man militärisch einen Krieg haushoch gewinnen, aber gleichzeitig politisch, ökonomisch, finanziell, vor allem aber moralisch glatt verlieren kann. Die Vereinigten Staaten sind durch diesen Sieg deutlich schwächer geworden. Die Musterdemokratie, die der jüngere Bush auf der Tabula rasa des Irak errichten wollte, wird nicht kommen, und die Regierung, welche die US-amerikanische Regierung einsetzen musste, weil sie auf die Kräfteverhältnisse im Irak Rücksicht nehmen wollte, flirtet inzwischen mit den Glaubensbrüdern im Iran, dem Hauptfeind der USA. Im Übrigen ist diese Regierung weit davon entfernt, nach Abzug der Amerikaner ein staatliches Gewaltmonopol erzwingen zu können. Der eigentliche Sieger könnte die entstaatlichte Gewalt der Milizen und der bewaffneten Fanatiker sein.

Der Irak-Krieg könnte sogar solche

PolitikerInnen von kriegerischen Abenteuern abhalten, die für PazifistInnen nur Verachtung übrig haben. Schon bisher war ein Krieg ein Risiko. Man konnte ihn auch verlieren. Was aber, wenn sogar der gewonnene Krieg eine höchst riskante Angelegenheit wird? Wenn man ein Chaos produziert, dessen man nicht mehr Herr wird und dem man dann so rasch wie möglich entkommen muss? Und ohne Gesichtsverlust nicht entkommen kann?

Die Entstaatlichung, Privatisierung und – etwa im Drogenkrieg – auch Kommerzialisierung der Gewalt muss nicht durch einen Krieg zwischen Staaten entfesselt werden. In Mexiko sterben gegenwärtig mehr Menschen durch organisierte Gewalt als in Afghanistan, wo doch angeblich Krieg geführt wird. In den letzten fünf Jahren waren es 40 000 Menschen. Drogenkartelle können es sich leisten, sich gegenseitig abzuschlachten und sich nebenher der Polizei und sogar der Armee zu erwehren. Auch in São Paulo fordern die Bandenkriege im Untergrund in einem Monat mehr Opfer, als die europäischen Staaten in Afghanistan an Soldaten verloren haben. Im Ostkongo leiden die Menschen unter einem Gewaltchaos, in dem sie zwischen privatisierter und angeblich staatlicher Gewalt nicht mehr unterscheiden können.

Kurz: Die weitaus meisten Gewaltopfer unserer Zeit sterben nicht in Kriegen zwischen Staaten, sie sind Opfer einer wohl organisierten, privat angeheuerten und privat finanzierten Gewalt, die sich gegen die staatliche wenn nicht immer durchsetzen, so doch meistens behaupten kann. Manchmal gelingt es ihr auch, die staatlichen Organe, zumal die Polizei, zu unterwandern.

Gespaltene Gesellschaften

Woher kommt diese Gewalt? Warum ist sie jetzt weiter verbreitet, stärker und gefährlicher als im 20. Jahrhundert? Dafür gibt es einen sehr banalen Grund und einen höchst politischen. Der banale ist die moderne Waffentechnik. Noch im Ersten Weltkrieg brauchte man zum Transport und zur Bedienung eines Maschinengewehrs drei stämmige, gut ausgebildete Infanteristen. Heute kann ein Dreizehnjähriger mit einer Kalaschnikow ein Blutbad anrichten. Dass die moderne Waffentechnik handhabbarer, leichter für jedermann zugänglich geworden ist, können wir nicht mehr ändern.

Anders sieht es aus beim wichtigeren, politischen Grund: Wo die Gewalt sich privatisiert, hat sich vorher die Gesellschaft gespalten. Das kann religiöse Gründe haben, wie heute in vielen muslimischen Staaten, wo FundamentalistInnen ihrer Wahrheit mit Waffen zum Durchbruch verhelfen wollen. Im nichtmuslimischen Raum, also in Europa, Nord- und Südamerika, auch in Teilen Asiens spaltet sich die Gesellschaft zwischen bettelarm und steinreich. Die Slums mancher Grossstädte und ihre «Gated Communities», hinter deren elektrisch geladenen Zäunen die Reichen sich einigeln, verbindet nichts mehr ausser Furcht und Hass. In den Slums ist es mehr der Hass, in den Zitadellen der Reichen mehr die Furcht. Auf die kriminelle Gewalt aus den Slums antworten die Reichen mit privat angeheuerten und besoldeten Sicherheitsleuten. Wo beide zusammenstossen, gleichen sich die Methoden des Kampfes rasch an. Die privatisierte Gewalt kennt keine Regeln und meist auch keinen Richter. Alles ist erlaubt, auch das, was Soldaten verboten ist.

Es stimmt, was uns die Marktradikalen sagen: Die völlige, auch ökonomische Gleichheit ist nur gewaltsam, durch Diktatur zu erreichen. Aber genauso richtig ist: Wo die Ungleichheit ein gewisses Mass überschreitet, spaltet sich die Gesellschaft, versagt der Staat und gedeiht die privatisierte, absolut gesetzlose Gewalt.

Soziale Gerechtigkeit schafft Frieden

Sie ahnen schon, was sich daraus ergibt: Im 21. Jahrhundert ist das, was die SozialdemokratInnen vor 150 Jahren zusammengebracht hat, die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs, das Streben nach Gerechtigkeit auch im Sozialen, gleichzeitig ein Dienst am Frieden. Nicht an einer sozialen Friedhofsruhe, sondern an einer lebendigen, dynamischen Gesellschaft, die ihre Konflikte zivilisiert austragen kann, weil sie niemanden einfach verenden, verkommen oder verzweifeln lässt, weil sie in einer solidarischen Leistungsgesellschaft jedem und jeder eine Chance gibt, notfalls auch eine zweite und eine dritte, und weil diese solidarische Leistungsgesellschaft langsam zur Bildungs- und Kulturgesellschaft reifen kann.

SozialdemokratInnen werden auch im 21. Jahrhundert alles tun, um Kriege zwischen Staaten zu vermeiden. Und sie können dafür mehr tun als vor hundert Jahren, einfach weil sie mehr politischen Einfluss haben. Wo, und sei es im äussersten Zipfel des Globus, Menschen durch angeblich staatliche oder entstaatlichte Gewalt leiden und die Vereinten Nationen eine «responsibility to protect» für gegeben halten, eine Verantwortung für den Schutz, wird jedes Mal gründlich zu diskutieren sein, ob die Völkergemeinschaft versuchen soll, ein neues, legitimes Gewaltmonopol zu errichten. Sie kann zu dem Ergebnis kommen, dass jedes militärische Eingreifen die Leiden der Menschen nur verschlimmert, aber sie kann sich auch davon überzeugen lassen, dass ein Eingreifen eher zu verantworten ist als ein Zusehen. Es stimmt nicht, dass das Eingreifen oder auch das Zusehen in jedem Fall moralisch höher steht. Man kann durch Eingreifen und durch Zuschauen schuldig werden.

PazifistInnen und Soldaten

Deutsche Soldaten im Kosovo oder in Bosnien sorgen dafür, dass dort nicht mehr geschossen wird. Frieden und Versöhnung zu schaffen ist Sache der Politik, und wo sie nicht weiter weiss, sind die FriedensstifterInnen, die PazifistInnen gefragt. In Bosnien etwa organisieren sie Ferienlager für serbische, kroatische und bosnisch-muslimische Kinder, die miteinander spielen lernen, damit sie später miteinander leben und arbeiten können. Als ich vor einiger Zeit einmal über ein solches Ferienlager sprach, meldete sich jemand zu Wort und fragte, ob ich wisse, dass dieses Lager von Soldaten bewacht, vor nationalistischen FanatikerInnen beschützt werden müsse. Ich wusste es nicht, aber es bestätigte meine Vermutung, dass im 21. Jahrhundert PazifistInnen und Soldaten manchmal an einem Strang ziehen müssen. Erst wenn Soldaten das Morden beendet haben, können PazifistInnen mit dem beginnen, was Soldaten nicht können. Hier in der Schweiz muss ich nicht umständlich erklären, dass Soldaten allein durch ihr Dasein, ihr keineswegs kriegswütiges Dasein, einem Volk den Frieden bewahren können. Jedenfalls bezweifle ich, ob im 21. Jahrhundert aktive PazifistInnen immer AntimilitaristInnen sein müssen.

Wer nur den Markt lässt walten

Wenn es darum geht, zu verhindern, dass eine gespaltene Gesellschaft die privatisierte und kommerzialisierte Gewalt entbindet, entfesselt, können wir SozialdemokratInnen auf unsere Tradition zurückgreifen. Ehe die marktradikale Welle vieles von dem weggespült hat, was SozialdemokratInnen lieb und teuer war, hat Ralf Dahrendorf uns bescheinigt, wir hätten im Grunde alles erreicht, was wir vernünftigerweise erreichen könnten. Also mache sich die Sozialdemokratie durch ihre Erfolge überflüssig.

Das war ein fataler Irrtum, über den wir mit Dahrendorf, wäre er noch am Leben, heute in Ruhe sprechen könnten. Zum einen hat die marktradikale Welle

uns wieder genau an den Punkt gebracht, an dem Ferdinand Lassalle vor 150 Jahren angesetzt hat, als er immer wieder seinen AnhängerInnen einhämmerte, wer den Markt einfach walten lasse, wer die sehr ungleichen Ergebnisse des Marktes auf keinen Fall korrigieren wolle, wer also den Staat, auch den demokratischen, von der Wirtschaft völlig trennen wolle, der spalte die Gesellschaft in Arm und Reich, Mächtig und Hilflos.

Genau an dem Punkt sind wir heute wieder. Müssen wir, weil der Markt es so will, für richtig und unantastbar halten, wenn die Vorstandsgehälter und -vergütungen nicht mehr wie vor vierzig Jahren, das Fünfzehn- oder Zwanzigfache eines ArbeiterInneneinkommens betragen, sondern das Hundertfache oder gar das Zweihundertfache? Wenn jemand für eine einfache, aber anstrengende Arbeit so wenig verdient, dass er trotzdem zum Sozialamt laufen muss, weil der Markt eben nicht mehr als fünf Euro die Stunde hergibt, gilt dann der Markt oder (in Deutschland) die Verfassung, nach der unser Staat der Menschenwürde zu dienen hat? Nein, an klassisch sozialdemokratischen Aufgaben fehlt es nicht. Neu ist nur, dass, wer sich in der Welt umsieht, erkennen muss: Was wir als soziale Aufgabe längst kennen, wird im 21. Jahrhundert zu einer Friedensaufgabe, der wichtigsten schon auf mittlere Sicht.

Sozialstaat schafft Sicherheit

Ich bin dankbar dafür, dass ich dies in einem der wichtigen Gotteshäuser Europas sagen darf, in einer Kirche, deren Gemeinde auch am konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung teilgenommen hat. Mit Gerechtigkeit war damals vor allem die zwischen Nord und Süd gemeint. Das ist und bleibt richtig. Heute würde ich hinzufügen: So sehr ChristInnen damals darauf bestanden, dass die Völker des Südens uns nicht nachzuahmen brauchten, so offenkundig ist es heute, dass wir von dem lernen können, lernen müssen, was in nicht wenigen Gesellschaften dort vor sich geht, vor allem in Lateinamerika, aber auch in Afrika und Asien.

Es war die marktradikale Welle, die dort die Gesellschaften vollends gespalten, die Staaten hilflos, handlungsunfähig gemacht, die Privatisierung der Gewalt in Gang gesetzt, zumindest beschleunigt hat. Wer heute in die Vereinigten Staaten von Amerika schaut, kann sehen, dass solche Spaltung auch in reichen Industrieländern möglich ist. Es gibt dort Städte, in denen auf einen Polizisten ein halbes Dutzend Angestellte privater Sicherheitsdienste kommen. Wo die innere Sicherheit, der Schutz vor Verbrechen zu einer käuflichen Ware wird, die wenige sich leisten können und die meisten nicht, bekommt die Ungleichheit, auch die Ungerechtigkeit eine neue Dimension, eine die Gesellschaft spaltende Dimension. Weil dem so ist, muss die Sozialdemokratie die öffentliche Verantwortung für die innere Sicherheit als notwendigen Teil eines modernen Sozialstaates verstehen.

Gegen das Auseinanderdriften

Mir ist bewusst, wo ich spreche: in einem wohlgeordneten Land, in dem ich selbst vor sechzig Jahren von grossartigen Frauen und Männern gelernt habe, was Demokratie ist und dem ich für immer dankbar bin. Aber in Peru, Guatemala oder Kolumbien, in Kairo oder Johannesburg können die Menschen nur träumen von dem, was hier politische Vernunft und das Drängen der SozialdemokratInnen erreicht hat. Auch eine hochmoderne Gesellschaft kann auseinanderdriften.

Hier liegt die Aufgabe Europas. Wir EuropäerInnen müssen zeigen, wie man eine Gesellschaft zusammenhält dadurch, dass jeder und jede nicht nur Freiheitsrechte geniesst, sondern auch etwas damit anfangen kann – und sich deshalb dieser Gesellschaft zugehörig und auch verpflichtet fühlt. Wir müssen

überdies beweisen, dass eine solche solidarische Gesellschaft sich wirtschaftlich behaupten kann.

Und im Basler Münster füge ich hinzu: Wenn wir dies tun, befinden wir uns nicht nur auf einem Weg in eine gute, friedliche Zukunft, wir stehen dann auch in einer Tradition von mehr als zwei Jahrtausenden. Nie hat europäische Ethik gefragt, wie einer den anderen übertrumpfen oder gar ausschalten kann. Immer ging es darum, wie wir uns richtig zum Nebenmenschen, zum Nächsten verhalten, uns ihm zuwenden. Was Paulus den Galatern geschrieben hat: «Einer trage des andern Last!» wäre weder bei Erasmus von Rotterdam noch bei Immanuel Kant auf Widerspruch gestossen. Es waren und sind die Marktradikalen, die sich aus dieser Tradition verabschiedet haben. Die SozialdemokratInnen Europas, auch die, die sich keiner Kirche zugehörig fühlen, sind und bleiben in dieser Tradition. Es ist eine Tradition, in der Gerechtigkeit Frieden schafft und Frieden die Chance der Gerechtigkeit. ●

100 Jahre Friedenskongress der Sozialistischen Internationale 1912 in Basel

Ende Oktober 1912 berief die Sozialistische Internationale kurzfristig einen ausserordentlichen Friedenskongress ein. Hintergrund waren der im Balkan ausgebrochene Krieg und die Gefahr, dass dieser zu einem europäischen Flächenbrand führen könnte. Zuerst auf Ende des Jahres geplant, wurde er schon bald in den November vorverlegt. Zum Austragungsort wurde Basel erkoren. Der Kongress mit über 500 teilnehmenden SozialistInnen aus allen europäischen Staaten fand dann vom 24. bis zum 26. November mehrheitlich in der Burgvogtei, am Ort des heutigen Volkshauses, statt. Die Redner stellten sich dem herrschenden Kriegsdiskurs vehement entgegen.

Der Friedenskongress der Sozialistischen Internationale fand eine grosse Resonanz, nicht zuletzt wegen der eindrücklichen Friedensfeier, die am 24. November im Basler Münster stattfand. Trotz der in Aussicht genommenen Protestaktionen – ein General- oder Militärstreik der Arbeiterschaft wurde allerdings nur von einer Minderheit als Mittel der Kriegsverhinderung propagiert – konnte der Ausbruch des Weltkriegs im August 1914 nicht verhindert werden. Im Sommer 1914 stimmten die SozialistInnen in allen europäischen Staaten mit einem parlamentarischen System den Kriegskrediten zu, nur kleine Minderheiten vertraten eine radikalpazifistische Position.

Um den historischen Kontext des Friedenskongresses von 1912 näher zu beleuchten, publizieren wir das gekürzte und überarbeitete Referat von Ruedi Brassel am Wissenschaftlichen Kongress «Krieg und Frieden. 100 Jahre Ausserordentlicher Kongress ‚Gegen den Krieg' der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute» vom 22. bis 24. November 2012 an der Universität Basel. Ruedi Brassel geht darin auch auf das Umfeld der religiössozialen Bewegung ein.